

14.10.2012

Vertuschung beim Bruchköbeler Stadtmarketing aufgeflogen Bürgermeister Maibach hielt Prüfbericht des Kreises zurück

Bruchköbel.- In der Stadtverordnetensitzung am 11.10.2012 platzte unversehens eine Bombe: Bürgermeister Günter Maibach hat einen Prüfbericht des Kreises zur Stadtmarketing GmbH zurückgehalten und damit sowohl den Magistrat wie auch die Stadtverordnetenversammlung belogen. Was ist geschehen?

Vor wenigen Wochen teilte Bürgermeister Maibach mit, dass die Satzung für die im Jahr 2009 gegründete Stadtmarketing GmbH geändert werden müsse. Grund sei die Hessische Gemeindeordnung, nach welcher der Bürgermeister nicht länger Geschäftsführer der GmbH sein dürfe. Es müsse ein Aufsichtsrat gebildet werden, dem er vorstehen müsse. Der Bürgermeister dürfe sich schließlich nicht selbst als Geschäftsführer kontrollieren. Das leuchtet jedem sofort ein. Auch bestehe eine Problematik mit europäischem Beihilferecht, die im Gesellschaftsvertrag neu geregelt werden müsse. Dazu wurde ein Notar bemüht, der dies dem Magistrat und den Fraktionsvorsitzenden wortstark erläuterte.

Der Bürgermeister legte sodann einen neuen Gesellschaftsvertrag vor, der zuerst in eiliger Sondersitzung in den Magistrat und von dort trotz erklärter Beanstandungen unverändert in die Stadtverordnetenversammlung ging. Dort gab es ebenfalls kritische Fragen zum Inhalt. Während Bürgermeister Günter Maibach immer wieder betonte, der Vertrag sei geprüft und müsse genau so abgestimmt werden, regten sich hiergegen begründete Einwände. Die Eile, mit der der Vertrag beschlossen werden sollte, war unverständlich. Jedenfalls bis zu dem Moment, als der BBB- Fraktionsvorsitzende Alexander Rabold begann, aus einem ihm zugegangenen Schriftstück der Kommunalaufsicht zu zitieren. Aus diesem folgte, dass der Bürgermeister bereits seit einer Prüfung im April 2012 aufgefordert war, erhebliche Mängel zu beseitigen. Dies hatte er monatelang nicht getan. Er hatte nicht einmal den Magistrat oder die Stadtverordneten über die Prüfung und deren Ergebnis informiert, obwohl er hierzu rechtlich verpflichtet ist. Die Kommunalaufsicht bescheinigt dem Bürgermeister, dass zahlreiche Rechtsvorschriften von ihm nicht beachtet wurden und legte eine Liste mit erheblichen Beanstandungen vor. So seien Kosten und Nutzen der GmbH nicht abgewogen worden, Personalkosten wurden nicht richtig dargestellt, eine Kosten- Leistungs- Rechnung fehle völlig. Durch die Geschäftsführung, also Bürgermeister Maibach, sei für 2010 und 2011 kein Wirtschaftsplan und keine Finanzplanung erstellt worden, Stadtverordnete und Aufsichtsbehörde seien nicht unterrichtet worden. Auch sei kein Beteiligungsbericht erstellt worden, die beschlossene Gesellschafterversammlung sei überhaupt nicht gebildet oder einberufen worden, ein Aufsichtsorgan habe der Bürgermeister ebenfalls nicht geschaffen. Eine Eröffnungsbilanz war nicht einmal beauftragt worden, die erforderlichen Gesellschaftsbeschlüsse fehlten. Die angebliche Problematik des EU-Beihilferechts war nur ein Aspekt am Rande. Laut Prüfbericht sollte die Kommunalaufsicht den

Magistrat zu einer schlüssigen Klarstellung auffordern. Die städtischen Organe seien einzubinden.

Genau dies ist jedoch nicht geschehen. Vielmehr hat Bürgermeister Maibach nicht nur die Defizite monatelang offenkundig unbearbeitet gelassen, sondern zu den gravierenden Fehlern völlig geschwiegen. Magistrat und Stadtverordnete wurden also über den Anlass der Gesellschaftsvertragsänderungen belogen. Sie erfuhren erstmals in der Sitzung durch Zitate aus dem Papier die Wahrheit. Im Prüfbericht heißt es abschließend: „Es wurden wesentliche Vorschriften nicht oder nur unzureichend beachtet. Die Nichtbeachtung zeugt gleichzeitig von einem beachtlichen Maß an Unprofessionalität“. Mit diesem Verhalten zeige Bürgermeister Maibach, dass er schon unfähig sei, die notwendigen Regeln einer GmbH einzuhalten. Dies sei umso gravierender, als er genau mit solcher angeblicher wirtschaftlicher Kompetenz in seinem Wahlkampf vor vier Jahren angetreten sei, so der stellvertretende Fraktionsvorsitzende des BBB, Harald Hormel. Der durch sein Verschweigen der Prüfung und deren Ergebnis eingetretene Vertrauensverlust sei überhaupt nicht mehr gut zu machen. Bei Bürgermeister Maibach müsse man nun in Zukunft jetzt immer vermuten, dass er sofort bereit sei, Magistrat und Stadtverordnete anzulügen, wenn es gilt, negative Fakten über ihn selbst zu unterdrücken. Da passe es gut in das Bild, so der BBB- Fraktionsvorsitzende Alexander Rabold, wenn der stellvertretende CDU- Fraktionsvorsitzende Michael Reul noch in der Sitzung in den Gegenangriff ging und verlangte, dass geklärt werden müsse, wie das Schreiben der Kommunalaufsicht mit den darin enthaltenen angeblichen „Dienstgeheimnissen“ in die Hände des BBB gelangt sei. Aus diesem Verhalten sei leider zu folgern, dass der stellvertretende CDU- Fraktionsvorsitzende Reul ebenfalls bereit sei, Vertuschungen des Bürgermeisters zu decken und vielmehr ohne Skrupel denjenigen zu diskreditieren, der die Wahrheit an das Licht bringt. Ein solches Verhalten versuche aus Opfern Täter zu machen und sei völlig unmoralisch. Ferner sei davon auszugehen, dass der Vorfall nur die Spitze des Eisberges darstelle. "Wer sich so verhalte, wie Bürgermeister Maibach, der brüskiere nicht nur Magistrat und Stadtverordnete, sondern verspiele das öffentliche Vertrauen in die Rechtmäßigkeit des Handelns der Stadtverwaltung. Das Ansehen der Mitarbeiter der Stadtverwaltung nehme somit ebenfalls Schaden", so der BBB-Vorsitzende Joachim Rechholz abschließend.